



Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Diana Stachowitz SPD**

Endlich flächendeckende Mobilfunkversorgung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die flächendeckende Mobilfunkversorgung endlich als staatliche Aufgabe zu begreifen und nicht auf die Kommunen abzuwälzen. In diesem Zusammenhang wird die Staatsregierung aufgefordert, das Mobilfunkförderprogramm auf seine Praktikabilität hin zu überprüfen und insbesondere die Bewerbungsprozesse für die Kommunen deutlich zu vereinfachen.

Ebenso gilt es für das Problem der „grauen Flecken“ eine Lösung zu finden.

Außerdem ist auf die Mobilfunkbetreiber beim „National Roaming“ einzuwirken und – sofern hier weiterhin Handlungsbedarf besteht – eine entsprechende Bundesratsinitiative für eine gesetzliche Nachsteuerung zu initiieren.

Begründung:

Nach wie vor – und trotz Mobilfunkförderprogramm der Staatsregierung vom Januar 2018 – kann gerade in ländlichen Regionen nicht von einer flächendeckenden Versorgung gesprochen werden. Das Mobilfunkförderprogramm des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie konnte hier nur sehr bedingt Abhilfe schaffen. Erste Erfahrungen mit dem Förderprogramm lassen zudem darauf schließen, dass die Prozesse für die Kommunen nur wenig praktikabel gestaltet sind. Laut Pressemitteilung des Staatsministeriums von August 2019 haben im Sommer erst 6 Gemeinden die ersten Förderschritte erfolgreich durchlaufen.

Darüber hinaus schließt das Mobilfunkförderprogramm das Problem der grauen Flecken aus.

Gesetzlichen Verpflichtungen zum „National Roaming“ ist gegenüber freiwilligen Initiativen der Mobilfunkbetreiber der Vorzug zu geben.

Es kommt es jetzt darauf an, den Druck entsprechend aufrecht zu erhalten, indem die Bemühungen der Mobilfunkbetreiber zeitnah evaluiert und bei Bedarf im Bund auf eine gesetzliche Nachbesserung hingewirkt wird.